

Die Eckdaten

Projektziel

Ziel des Projekts ist die Entwicklung konzeptioneller Handreichungen zur Vermeidung zeitraubender, gesellschaftlich polarisierender und kosten-treibender (gerichtlicher) Auseinandersetzungen im Zuge der Genehmigungsverfahren für den Bau von Windenergieanlagen (WEA). Der Erkenntnisgewinn in zwei Projektlandkreisen - Landkreis X und Landkreis Y - soll aufbereitet verfügbar gemacht werden und dazu beitragen, die Interessen des Artenschutzes, des Klimaschutzes und der Energiewende sinnvoll und zum beiderseitigen Nutzen in Ausgleich zu bringen.

Projektträger

Landesverband Erneuerbare Energien Niedersachsen / Bremen e.V. (LEE)
Naturschutzbund Deutschland (NABU) LV Niedersachsen e.V.

Kooperationspartner

Metropolregion Hannover - Braunschweig - Göttingen - Wolfsburg

Finanzierung

Fördermittel des Landes mit Eigenbeteiligung der Verbände

Strukturen

Projektbüro in Hannover mit drei Mitarbeiter*innen.
Arbeitsinhalte werden mit Projektpartnern abgestimmt.

Projektlaufzeit

Zwei Jahre

Kontakt

Wind und Natur
Projekt „Integrative Genehmigungspraxis“

Herrenstraße 6
30159 Hannover
fon +49 (0) 511 - 898586194
j.stock@windundnatur.de
www.windundnatur.de



miteinander

Gemeinschaftsprojekt
Integrative Genehmigungspraxis

Eine Initiative von



gefördert durch das Land Niedersachsen

Kurzbeschreibung des Projekts

Interessenausgleich zwischen Energiewende, Klimaschutz und Artenschutz

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der vorhandenen Potenziale für den Ausbau regenerativer Energien setzt das Land Niedersachsen auf die Energiewende. Im Zuge des erforderlichen Interessenausgleichs kommt es örtlich zu Konflikten mit anderen flächenbezogenen Belangen, z.B. den berechtigten Interessen von Natur- und Artenschutz.

Klimaschutz als gemeinsames Ziel

Dabei verfolgen Naturschutzverbände und die Vorhabenträger Erneuerbarer Energien im Hinblick auf die Verhinderung des Klimawandels gemeinsame Ziele. Gleichzeitig liegt es in der Natur der Sache, dass mit dem Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger, deren negative Auswirkungen zwar abnehmen, aber auch der Ausbau der Erneuerbarer Energien, dessen Notwendigkeit im Grundsatz auch von Umweltverbänden anerkannt wird, nicht ohne zusätzliche Belastungen für Ökosysteme möglich ist - ein Zielkonflikt.

„Konfliktkultur“ im Bereich Windenergie

In der Praxis gestaltet sich vor allem die Genehmigung der vergleichsweise energieeffizienten Windkraftanlagen (WEA) auf Grund regulatorischer Hemmnisse und Klagen von Verbänden und Einzelpersonen schwierig - einer der Gründe,

warum in den Jahren 2018/2019 die Zahl neu genehmigter Anlagen drastisch einbrach. Sowohl die politischen Ausbauziele als auch die Klimaziele - orientiert am Pariser Klimaschutzvertrag - drohen außer Reichweite zu geraten.



Häufigster Grund für Klagen ist die aus Sicht der Umweltverbände unzureichende Berücksichtigung der Naturverträglichkeit in den Genehmigungsverfahren. Rund um diese Verfahren hat sich eine von beiden Seiten als belastend empfundene „Konfliktkultur“ entwickelt. Dabei ringen die Konfliktparteien oft mehr um Prinzipien und Partikularinteressen als um die Klärung fachlicher Fragen.

Projektantrag von LEE und NABU

Vor diesem Hintergrund und auf der Grundlage einer Beschlussfassung des Niedersächsischen Landtags haben der LEE und der NABU Niedersachsen im Jahr 2019 einen Antrag gestellt zur Förderung des gemeinsamen Projekts „Wind und Natur - integrative Genehmigungspraxis“.

Antrag

„Der LEE Niedersachsen / Bremen und der NABU Niedersachsen beantragen hiermit beim Land Niedersachsen gemeinsam Mittel für die Aufstellung und Durchführung eines modellhaften Projektes zur kommunikativen Begleitung einer „integrativen Genehmigungspraxis“ für EE Anlagen mit Fokus auf Windkraft in ausgewählten Landkreisen.“

Mehr Konsens und kürzere Verfahren als Ziel

Der Antrag wird getragen von der Idee, dass eine konsensuale Betrachtung naturschutzfachlicher Fragen, eine Verkürzung der Verfahren, eine Senkung der Kosten und eine Erhöhung der Akzeptanz in vielen Genehmigungsverfahren möglich ist. Voraussetzung ist eine Verbesserung der Verfahrens- und Kommunikationsstrukturen auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Phasen des Verfahrens, um Klagegründe zu minimieren.

Im Fokus: Beteiligungsprozesse, Verwaltung, Politik

Das Projekt soll Genehmigungsverfahren vorgelagert und - in ausgewählten Landkreisen - fachlich und kommunikativ begleitend in den Blick nehmen. Dabei liegt der Fokus auf dem Bürgerdialog, den behördlichen und kommunalpolitischen Entscheidungsstrukturen und dem gesetzlichen Handlungsrahmen der Genehmigungsprozesse.

Entwicklung eines Leitfadens

Im Sinne der Projektziele soll ein Leitfaden entwickelt werden, der sich nach Möglichkeit auf andere Bundesländer übertragen lässt. Er soll den handelnden Akteuren in Politik und Verwaltung konkrete Hilfestellung bieten für die Steuerung und Weiterentwicklung von Genehmigungsverfahren vor dem Hintergrund veränderlicher politischer und gesetzlicher Rahmenbedingungen. Dabei sollen begleitete Verfahren aus den betrachteten Landkreisen im besten Falle als Best-Practise-Berispiele dienen.

Hintergründe, Ziele,
Strukturen, Arbeitsweise

miteinander